

# Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 2, Jahr 2020

Oktober/November/Dezember

## Mal wieder Bundestagswahl

- immerhin ist die DKP dabei

### Mitglieder-

### versammlung

der DKP Leipzig:  
in der Regel am zweiten Montag eines Monats, 19.00 Uhr, MONOPOL Leipzig (Haferkornstraße 15). Der Raum befindet sich im weißen Gebäude gegenüber dem Eingang.

### Nächste Treffen:

14. Dezember 2020  
28. Dezember 2020  
11. Januar 2021  
25. Januar 2021  
08. Februar 2021  
22. Februar 2021

Die Mitgliederversammlungen finden derzeit online statt. Für eine Teilnahme hier die Kontaktdaten:

dkp-leipzig@gmx.de  
die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.:  
Martin Zielke

Im nächsten Jahr ist es mal wieder soweit: Bundestagswahl. In erster Linie treten die "etablierten" Parteien gegeneinander an und jene, die es gerne wären. Mitten in diesem Wahltrubel versucht auch die kleine DKP, ihre Ziele bekannter zu machen, neue Wählerinnen und Wähler und im besten Fall neue Mitglieder zu gewinnen.

Denn nicht erst seit Corona sind die Aussichten alles andere als sonnig: in den letzten Monaten wurden allein in Deutschland hunderttausende Arbeitende entlassen, viele weitere müssen sich mit Kurzarbeit herumschlagen. Die meisten Eltern mussten in kurzer Zeit sinkende Einkommen und geschlossene Kitas hinnehmen. Ein Teil der Lernenden, vor allem die Ärmeren, hat den Anschluss in den Schulen verpasst.

Das Grundübel bleibt der Kapitalismus. In seinem Schlepptau befinden sich kaputtgesparte Gesundheitssysteme, ausgedünnte Infrastrukturen und überlastete Behörden. Die Krise von 2008 dauert eigentlich immer noch an, vor allem in den ärmeren Ländern Europas. Durch sie wurde die öffentliche Daseinsvorsorge stärker angegriffen als je zuvor. Privati-

siert, zusammengekürzt, Sparprogrammen zum Fraß vorgeworfen. Ohne diese Rosskur hätte ein Großteil der Corona-Toten verhindert werden können.

Was könnte getan werden? Rüstungsausgaben kürzen, Löhne und Sozialhilfe erhöhen, die Reichen zur Kasse bitten. Dafür braucht es eigentlich keinen Systemwechsel. Aber eine hohe Organisation derer, die arbeiten, gearbeitet haben und arbeiten werden. Und eine Partei, die diese Probleme mit Nachdruck anpackt. Das soll die DKP sein! *DKP Leipzig*

**FÜR DEN ERHALT VON**  
**ARBEITSPLÄTZEN**

**Banken und Konzerne**  
**vergesellschaften!**

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei

**dkp.de**

**#CORONAVIRUS**

V.i.S.d.P.: W. Richter, DKP-Hofmangerstr. 18, Eisen

# Kranke Gesellschaft

- sinkende Gesundheitsausgaben = steigende Fallzahlen

Die Krankheit, an der das Gesundheitswesen leidet, ist der Kapitalismus. Über viele Jahre und Jahrzehnte wurde es kaputtgespart. Krankenhäuser wurden privatisiert und dem Profitprinzip unterworfen, viele wurden geschlossen. Selbst in einigen Kreisstädten ist die medizinische Versorgung nicht mehr abgesichert, besonders was Geburten und Kinderheilkunde betrifft. Denn diese sind nicht profitabel genug.

Mit Beginn der Corona-Krise kam die Befürchtung auf, einem außergewöhnlich gefährlichen Virus könnte das so zugerichtete Gesundheitswesen nicht mehr standhalten. Die Bettenkapazitäten könnten nicht ausreichen, nachdem erst Anfang des Jahres deren Abbau propagiert worden war. Es stellte sich heraus, trotz allem waren noch genügend Betten vorhanden. Es gab nicht so viele schwere Krankheitsverläufe wie befürchtet. Doch es stellte sich ein großer Mangel an Pflegekräften heraus. Wären alle Betten belegt worden, hätten sie gar nicht in ausreichendem Maße versorgt werden können. Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger arbeiteten bis an die Grenze der Erschöpfung und darüber hinaus. Der Dank war Beifall vom Balkon.

Doch von Beifall kann niemand die Miete zahlen oder Essen auf den Tisch stellen. Es bedarf einer anständigen Bezahlung und anständiger Arbeitsbedingungen. Doch so weit soll der Dank für aufopferungsvolle Arbeit nun doch nicht gehen. Die Gewerkschaften, hier besonders ver.di, haben aber trotz der mageren "Nullrunde" immerhin einige

Verbesserungen in der Pflege erreicht. Das Problem des Personalmangels muss aber noch angegangen werden, soll das Gesundheitswesen nicht doch noch zusammenbrechen, mit oder ohne Corona-Virus.

Letztlich wird sich das Problem nur lösen lassen, wenn die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung der kapitalistischen Profitjagd entzogen wird. Die Krankenhäuser gehören wieder in öffentliche Hand. Die "Fallpauschalen", die einige Behandlungen profitabel machen und andere eben nicht, gehören abgeschafft. Die Kosten müssen bedarfsgerecht und komplett übernommen werden.

Noch sieht es so aus, als würden wir mit einem "blauen Auge" davonkommen. Die steigenden Fallzahlen an positiv getesteten Coronaviren bedeuten nicht einen automatischen Anstieg der Krankheitsfälle. Die Belegung der Intensivbetten mit zwischen 200 und 300 Covid-Kranken ist bisher relativ stabil geblieben. Dennoch wollen die Regierungen in Bund und Ländern weiter selbst die Einschränkungen der demokratischen Rechte aufrechterhalten. Sie können also nicht behaupten, es wäre nicht mehr nötig, das Gesundheitswesen fit zu machen. Zumal jederzeit neue Viren auftauchen könnten, bei denen es in Deutschland nicht so glimpflich abgehen würde. Eine Maskenpflicht (absurder Weise wird sie sogar unter freiem Himmel angeordnet) ersetzt kein funktionierendes Gesundheitswesen. Noch ein weiterer Grund, weshalb der Kapitalismus abgeschafft gehört.

A. K.

# Wohnungsbau

- und seine Beschleunigung

Jede fünfte Haushalt in Leipzig ist arm, dies betrifft also knapp 120.000 Menschen. Für sie müsste es eigentlich um die 60.000 Sozialwohnungen geben. 2019 waren aber tatsächlich nur 357 vorhanden. Was ist zu tun?

Möglichst viele Grundstücke, Wohnungen und Baukapazitäten müssen in städtisches Eigentum überführt werden. Damit wäre es der LWB möglich, die gesamte Stadt bedarfsgerechter umzubauen. Dafür braucht es einen grundlegenden Wohnbauplan, über den alle Menschen in Leipzig abstimmen sollten; außerdem entsprechend ausgebaute Planstäbe.

Zum Beispiel sollten in den inneren Stadtvierteln Hochhäuser Vorrang haben, die auf weniger Fläche viel mehr Wohnraum bieten. Auf dem gleichen Grundstück könnten so bei der gleichen Anzahl von Wohnungen mehr Grünflächen bereitgestellt werden, inklusive Einrichtungen wie Kitas, Schulen und so weiter.

Dabei könnten durch massenhafte, industrielle Fertigbauweise die Warmmieten auf 5 € pro Quadratmeter gesenkt werden. Durch Subventionen könnte man dafür sorgen, dass jeder Leipzigerin und jedem Leipziger eine bezahlbare Wohnung zur Verfügung steht.

Nicht vergessen werden sollten dabei auch ökologische Aspekte. Mit guter Planung, einer entsprechenden Bauweise und den richtigen Materialien ist der Bau energie- und wärmeeffizient sowie schadstoffarm. Das kommt nicht nur dem Klima zugute, sondern auch dem Geldbeutel. M. Z.

# Bildungsmangelwirtschaft

- um die Rechte von Kindern ist's schlecht bestellt

Die Corona-Krise hat viele andere Krisen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems schonungslos aufgedeckt. Dazu gehört nicht nur die bereits vor SARS-CoV-2 bestehende Wirtschaftskrise, die noch einmal verstärkt wurde, sondern zum Beispiel auch die Krise des Gesundheitswesens, des Pflegebereichs und auch des Bildungswesens.

Wie der Kindheitswissenschaftler Prof. Dr. Michael Klundt von der Hochschule Magdeburg-Stendal am 9. September 2020 vor der Kinderkommission des Bundestages als Sachverständiger feststellte, hatte der Umgang der bürgerlichen Politiker (und Teilen der Linkspartei) mit der Krise gravierende Folgen insbesondere für arme Kinder sowohl in der BRD als auch weltweit. Er beruft sich auf Studien des Deutschen Kinderschutzbundes, von UNICEF, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und vielen mehr.

Doch wer mit Kindern arbeitet oder im Bildungsbereich beschäftigt ist, kann das auch ohne Studien feststellen. Es ist bemerkenswert, dass die Maßnahmen und Entscheidungen der bürgerlichen Politik seit März/ April gesetz-

widrig waren und gegen Völkerrecht verstießen. Denn die UNO-Kinderrechtskonvention, seit 1992 Bundesgesetz, sieht vor, dass bei jeder politischen Entscheidung, die Kinder betrifft, das Kindeswohl vorrangig geprüft werden muss. Dies ist, nach eigenem Eingeständnis der in der Kinderkommission vertretenen Politiker aller Bundestagsparteien, nicht geschehen. Kinderrechte auf Partizipation, Bildung und Gesundheit wurden verweigert. Die Armutsrisiken wurden, auch durch Ausschluss von Bildung, weiter verstärkt. Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechte von 13 Millionen Kindern und Jugendlichen (unter 18) wurden nicht beachtet.

Die Vizepräsidentin des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte, Sigrid Peter, äußerte, dass "Kinder als Mittel zum Zweck" instrumentalisiert werden. Die Kinderschutzmaxime scheint nun zu lauten: Kinderschutz als Schutz vor Kindern. Ohne über Studien zu verfügen, die dies notwendig gemacht hätten, erfolgte der Ausschluss von Bildung, Fürsorge und Betreuung. Weltweit waren bis zu 1,5 Milliarden Kinder von Bildung ausgeschlossen. 463 Millionen ohne Ersatzunterricht. Mehrere Mil-

lionen kommen nach Einschätzung von UNICEF nicht mehr zurück in die Schulen, insbesondere Mädchen. Für 370 Millionen Kinder weltweit entfielen die Schulspeisungen. Lebenswichtige Impfkampagnen wurden eingestellt, so in Afghanistan und Pakistan.

Auch in Deutschland erfolgte Kontaktsperren, Spiel-, Sport- und Bewegungsverbote; Wohnungsein- und Bildungsausschließungen verstärken die soziale Not, auch und besonders von Kindern und Jugendlichen. Kostenloses Mittagessen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket entfiel. Arme Familien wurden mit dem Problem allein gelassen, wie sie das finanzieren sollen. Mehrere Personen in zu kleinen Räumen in ungesunder Wohnumgebung und schlechter technischer Ausstattung machten für viele Kinder und Jugendliche Online-Unterricht nur schwer oder gar nicht möglich. Ein Viertel der von den Hartz-Gesetzen betroffenen Kinder hat keine Ausstattung für Homeschooling. Zynisch wurde Eltern empfohlen, diese doch aus dem Hartz-Satz anzuspargen. Selbst das Institut der deutschen Wirtschaft stellte fest, dass sich die soziale Polarisierung verstärkt.

Wenn nach reiflicher Prüfung durch unterschiedlichste Experten verschiedener Fachgebiete und nach Prüfung aller Alternativen einschränkende Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche beeinträchtigen, unumgänglich sind, dann muss zwingend eine Kompensation für die armen Teile der Bevölkerung erfolgen. Aber wenn es nach uns geht, dann sollten keine Menschen mehr in Armut leben müssen.

A. K.

## Reaktionärer Staatsumbau

Integration – Formierung – Manipulation



Die aktuelle Bildungszeitung der DKP. Jetzt online.



# Eine unendliche Geschichte

- Leipzig und das 365-Euro-Ticket

Für nur einen Euro am Tag Straßenbahn und Bus fahren, dass klingt doch nach einer guten Maßnahme. Vor allem für Menschen mit geringem Einkommen ist das 365- Euro-Ticket eine gute Alternative zum regulären Fahrkartenkauf. Eigentlich genügt ein Blick auf die Preise der Fahrkarten, um sich eine positive Meinung über das schon seit langem - auch von Oberbürgermeister Jung umworbene - „365-Euro-Ticket“ zu bilden.

So kostet eine Einzelfahrkarte 2,70 Euro, diese ist nebenbei bemerkt nur für eine Stunde gültig, selbst Monatskarten kosten noch 420 Euro im Jahr. Aber auch „Normalverdiener“ würden von diesem Ticket profitieren. Eine nicht subventionierte Monatskarte kostet 78,90 Euro, also fast 947 Euro im Jahr. In dieser Hinsicht ist das 365-Euro-Ticket eine massive Entlastung für die meisten Leipziger/innen.

Auch der ökologische Aspekt findet ein breites Echo. Vor allem im Sinne des im letzten Jahr ausgerufenen Klimanotstandes, denn Klimaschutz geht nicht ohne ÖPNV! Doch warum wird Jungs so zentrales Wahlversprechen für 2021 nicht schon in diesem Jahr umgesetzt?

Laut OBM Jung sind die gesunkenen Fahrgastzahlen, sowie die ausbleibenden Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen während der Pandemie der Grund für die Verzögerung. "Wir hatten fest vor, das Ticket mit dem Fahrplan 2021 umzusetzen", erklärte der Oberbürger-



Ein paar Mindestforderungen.

meister in einem MDR-Interview. Was wie eine unendliche Geschichte klingt, könnte doch so einfach gelöst werden.

Eine Finanzierung wäre mit Hilfe des Bundes möglich, doch dieser hält sich bis dato bedeckt. Vor alle eine Finanzierung aus den Taschen der "Wirtschaft" wäre eine plausible Alternative, vielleicht als Verkehrssteuer?

In Wien zum Beispiel existiert bereits das 365-Euro-Ticket. Dort wird es über die „Wiener Dienstgeberabgabe“ finanziert. Unternehmer/innen zahlen für jeden Arbeitenden 8 Euro pro Monat ein. Viele Firmen in Deutschland zahlen ohnehin einen Beitrag, damit Pendler mit dem ÖPNV zur Arbeit kommen – siehe „Job-Ticket“.

Vor allem würden auch die Fahrgastzahlen mit dem Ticket steigen, denn die Mehrheit der Leipziger/innen gibt dieser Idee Rückenwind. In Wien sind mit der Einführung tausende Autofahrer/innen auf Bus und Bahn umgestiegen und sieben Jahre später werden mehr ÖPNV-Jahreskarten als zugelassene PKW verzeichnet. Der Fahrzeugbestand wurde vergrößert und Arbeitsplätze geschaffen. Außerdem wird die Umwelt und das marode Straßennetz geschont.

Wie die DKP tritt unter anderem auch der Ökolöwe - Umweltverbund Leipzig e.V. für einen nachhaltigen und bezahlbaren ÖPNV ein. Bereits über 23.600 Unterschriften wurden dafür vom Ökolöwen bisher gesammelt.

O. F.